

Gespräche über Stellenabbau nach Postbank-Fusion

Frankfurt. Nach Abschluss der Integration der Postbank könnte es bei der Deutschen Bank auch in der Privatkundensparte bald Verhandlungen über einen Stellenabbau geben. „Im dritten Quartal wird es Gespräche zwischen der Bank und den Arbeitnehmervertretern geben“, zitiert das „Handelsblatt“ aus Finanzkreisen. Angedacht sei ein Stellenabbau von zehn bis 15 Prozent. Ein Sprecher der Deutschen Bank wollte diese Angaben nicht kommentieren.

Die rechtliche Fusion der Bonner Tochter Postbank und der Privat- und Geschäftskundeneinheit der Deutschen Bank ist unterdessen wie geplant abgeschlossen worden: Seit dem vergangenen Freitag ist die „DB Privat- und Firmenkundenbank AG“ im Handelsregister eingetragen. „Wir haben ein wichtiges Etappenziel erreicht und wollen bis spätestens 2022 Synergien von mindestens 900 Millionen Euro jährlich erreichen“, erklärte Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing gestern. Im Gegenzug fallen für Umbau und IT-Investitionen 1,9 Milliarden Euro Kosten an. Die Zusammenlegung des Geschäfts ist Teil eines größeren Umbaus der Deutschen Bank, mit dem Deutschlands größtes Geldhaus nach drei Verlustjahren wieder Tritt fassen will. (dpa)

Betriebsrat: Opel-Mitarbeiter zu früh entlassen

Rüsselsheim. Der Autobauer Opel hat bei seinem Abfindungsprogramm möglicherweise einen Formfehler begangen und Hunderte Beschäftigte zu früh gehen lassen. Der Gesamtbetriebsrat zitiert in einem gestern verbreiteten Flugblatt aus einem Schreiben der Bundesagentur für Arbeit (BA), dass Entlassungen nach dem Programm erst ab dem 15. Juni rechtsicherlich möglich seien. Laut Personalabteilung haben aber bereits im Mai rund 400 Beschäftigte Opel mit individuellen Abfindungen verlassen. Das Programm wurde Mitarbeitern angeboten, die weder für Altersteilzeit noch für den Vorruhestand infrage kamen.

Laut Flugblatt hatte Opel der BA angezeigt, sich auf diesem Weg von bis zu 1200 Beschäftigten trennen zu wollen. Dazu wurde am 15. Mai eine sogenannte Massenentlassungsanzeige an die Behörde gemeldet. Dieser folgt dann eine einmonatige Entlassungssperre bis zum 15. Juni, von der keine Ausnahmen zugelassen wurden. Vor diesem Datum ausgesprochene Entlassungen könnten daher unwirksam sein, hieß es.

Laut Betriebsrat und IG Metall werden mit dem Abfindungsprogramm mehr Leute nach Hause geschickt als zur Sanierung notwendig. Es ist aber nur ein Teilaspekt der Einigungsstellen-Gespräche, die gestern beginnen sollten. (dpa)



Mehr Passagiere dank Billigtickets? Auch die Politik macht der Bahn Druck: Bis 2030 soll der Konzern 280 Millionen Fahrgäste in ICE und Intercity befördern – fast doppelt so viele wie jetzt. Das Ziel des Unternehmens liegt bisher bei 180 Millionen Reisenden. Fotos: dpa

Bahn bläst zum Super-Preiskampf

Im ICE von Hamburg nach München für 19,90 Euro? Wer flexibel ist, ergattert schon heute solche Aktionstickets. Nun kommt der „Super Sparpreis“ auf Dauer. Der Bahn sitzt die Konkurrenz im Nacken.

VON BURKHARD FRAUNE

Berlin. Die Bahn verschärft den Preiskampf mit Billigfliegern und Bussen. Günstige Fahrkarten für die Sparsamen und mehr Komfort für die, die auch mit Bus, S-Bahn, Tram und U-Bahn reisen – damit will der Konzern ab August die Fahrgastzahl ankurbeln. Die Bahn hat gute Gründe dafür. Ein Überblick:

„Super Sparpreis“

Sparpreistickets ab 19,90 Euro in der zweiten Klasse kennen Bahnfahrer schon – aber nur von Sonderaktionen. Nun kommen sie als „Super Sparpreis“ dauerhaft. Wer eine Bahncard hat, bekommt Rabatt und fährt unter Umständen sogar für knapp 15 Euro quer durchs Land. Die Zahl der „Super Sparpreis“-Tickets wird aber begrenzt, und es wird sie vor allem für Züge geben, die normal nicht besonders voll sind, weniger für den beliebten Freitagnachmittag. „Es bietet sich an, möglichst früh zu buchen“, rät Berthold Huber, Personenverkehrsvorstand der Bahn.

City-Ticket

Bahncard-Inhaber kennen auch das City-Ticket schon: Wenn sie mehr als 100 Kilometer im ICE, Intercity oder Eurocity fahren, dürfen sie mit dem Fahrschein am Start- und Zielbahnhof in der Innenstadt auch in Busse, Straßenbahnen, U- und S-Bahnen steigen. Ab August ist dafür keine Bahn-card mehr nötig – beim

„Flexpreis“ und beim „Sparpreis“. Für den neuen „Super Sparpreis“ gibt es das City-Ticket nicht.

Jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag zusätzlich überweist die Bahn den städtischen Verkehrsbetrieben für das neue City-Ticket. „Unterm Strich kostet es nichts, denn es bringt uns mehr Fahrgäste“, sagt Huber. Kunden müssen aber genau hinsehen, wie weit sie mit Bussen oder S-Bahnen fahren dürfen. In Berlin etwa gilt das City-Ticket nur innerhalb des S-Bahn-Rings. „Sie laufen Gefahr, doch schwarz zu fahren“, warnte der Bundesverband der Verbraucherzentralen. Er findet den City-Ticket-Ausbau erst mal gut, wünscht aber eigentlich eine einfachere Lösung. Die Grünen erinnern daran, dass sich Union und SPD bundesweite eTickets zum Ziel gesetzt haben.

Vorbild Billigflieger

Die neuen Angebote sind eine Antwort auf FlixBus und Billigflieger.

Das gibt Personenverkehrsvorstand Huber unumwunden zu. Die Luft-hansa-Tochter Eurowings baut die in-nerdeutschen Verbindungen aus. Auch Ryanair und Easyjet stoßen in die Lücke, die die Air-Berlin-Pleite riss. An den Billigfliegern orientiert sich die Bahn auch beim

Preismodell. „Super Sparpreis“ bedeutet: Zugbindung, kein Storno und kein City-Ticket. Beim „Sparpreis“ gibt es das City-Ticket und Storno für zehn Euro Gebühr. Wer flexibel bleiben will, muss den deutlich teureren „Flexpreis“ buchen: City-Ticket, freie Zugwahl, Storno kostenlos vor dem ersten Geltungstag.

Das Vorbild Billigflieger macht den Verbraucherschützern Sorgen. „Der Weg zu dynamischen Preisen und einer Extra-Gebühr für Koffer und Handgepäck scheint nicht mehr weit“, argwöhnen sie. Entsprechende Pläne sind aber nicht bekannt.

Konkurrent FlixBus

Zwar wächst der Fernbusmarkt nicht mehr so rasant, aber die Kunden haben sich an die günstige Alternative gewöhnt und erwarten niedrigere Preise auch von der Bahn. In den letzten Jahren hat sie den durchschnittlichen Sparpreis nach eigenen Angaben um mehr als zehn Prozent gesenkt. Der „Super Sparpreis“ zielt besonders auf Junge, die stärker auf Geld achten müssen. Denn die Konkurrenz schläft nicht. So bietet FlixBus auch Zugtickets ab 9,99 Euro an. Noch sind es nur wenige Züge auf zwei Strecken – Berlin-Stuttgart und Hamburg-Köln. Im Dezember könnten aber weitere hinzu kommen, womöglich sogar auf der neuen Paradedrecke München-Berlin. „Wir gucken uns das ganz genau an“, sagt Huber.

Noch ein Antreiber

Auch die Politik treibt inzwischen die Bahn. Union und SPD fordern 280 Millionen Fahrgäste in ICE und Intercity bis 2030, fast doppelt so viele wie jetzt. „Das ist ausgesprochen sportlich“, sagte Vorstandschef Richard Lutz unlängst. Das Konzernziel liegt bislang bei 180 Millionen. In zwei Wochen berät der Aufsichtsrat daher über die Bestellung zusätzlicher ICE. „Wir wollen noch stärker als bisher Auto und Flugzeug angreifen“, sagte Lutz. Dabei profitiert die Bahn davon, dass die Spritpreise wieder steigen. Obwohl von Januar bis April viele ICE und Intercity zu spät kamen, wuchs die Fahrgastzahl schneller als im Vorjahr. 45,8 Millionen Reisende entsprachen einem Plus von 2,9 Prozent. Das lag auch an der neuen Strecke Berlin-München.

Digitale Rivalen

Ein Ticket für alle – das ist trotz des City-Tickets für 126 Städte noch nicht in Sicht. Aber Stadtwerke und andere kommunale Verkehrsbetriebe arbeiten daran, weil sie wie die Bahn fürchten, dass digitale Plattformen sich zwischen sie und ihre Kunden drängen. Unter dem Titel „Mobility Inside“ wollen sie ihre Buchungsplattformen verknüpfen – damit etwa ein Berliner auch in München ein Ticket für U-Bahn oder ICE mit der App der Berliner Verkehrsbetriebe kaufen kann, sagt Oliver Wolff, Hauptgeschäftsführer des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen. Noch läuft das Projekt, aber es sei schon jetzt „ein Husarenstück, das viele Jahre Arbeit gekostet hat“.



Kampfansage: „Wir wollen noch stärker als bisher Auto und Flugzeug angreifen“, sagt Bahn-Chef Richard Lutz.

Schufa: Das ändert sich mit der Datenschutzverordnung

Künftig können Verbraucher kostenlos eine Selbstauskunft anfordern. Es gibt aber auch schlechte Nachrichten.

VON LEON KIRSCHGENS

Aachen. Wer einen Mietvertrag abschließen oder einen Kredit bei der Bank aufnehmen will, kennt sie: Die Schufa-Auskunft. Sogar viele Mobilfunkanbieter wollen bei einem neuen Vertrag sichergehen, dass der Kunde zuverlässig zahlen kann. Auskunftfeien wie die Schufa ermitteln für jeden Verbraucher einen sogenannten Score. Auf seiner Grundlage können Vermieter, Banken oder andere Finanzdienstleister dann entscheiden, ob sie das Geschäft abschließen wollen oder nicht.

Mit der neuen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ändert sich auch für die Schufa der Umgang mit den Daten der Verbraucher. Denn das Gesetz soll den Datenschutz in der EU vereinheitlichen und jedem EU-Bürger mehr Kontrolle über die eigenen Daten geben.

Was ändert sich konkret für mich?

Verbraucher können jetzt jederzeit eine Datenübersicht kostenlos bei der Schufa abfragen – sowohl per Post als auch online. Bisher war

das nur einmal im Jahr und nur per Post möglich. Wer öfter auf die Daten zurückgreifen wollte, musste zahlen und oft mehrere Wochen auf die Dokumente warten. Von nun an muss nur noch zahlen, wer „offenkundig unbegründet“ oder „exzessiv“ eine Datenübersicht beantragt. Was das im Detail bedeutet, lässt das Gesetz offen. Wer seine Scoring-Werte immer nur dann abfragt, wenn er sie wirklich braucht, wird aber wohl keine Probleme bekommen, erwarten Experten. Für die Schufa könnte dagegen eine Einnahmequelle wegfallen, wenn von nun an niemand mehr für die Selbstauskunft zahlen muss.

Darf die Schufa weiterhin dieselben Daten erheben und weitergeben? Ja. Hier profitiert man als Verbraucher nicht von der neuen Verordnung. Ganz im Gegenteil: Das bisherige Datenschutzgesetz in Deutschland sei detaillierter gewesen als die kommende DSGVO, was die Rechte und Pflichten der Datensammler angeht, sagt der Düsseldorfer Datenschutzanwalt Axel Dreyer. Im neuen Gesetz

heißt es nur noch, dass die „berechtigten Interessen des Verantwortlichen gewahrt werden müssen und die Interessen des Betroffenen nicht überwiegen dürfen“. Diese neue Formulierung könnte die Schufa sogar zu ihren Gunsten auslegen, sagt Dreyer: also noch intensiver Daten sammeln. „Es wird Aufgabe der Gerichte sein, klare Kriterien zu formulieren, was unter die berechtigten Interessen fällt.“

Kann ich in Zukunft erfahren, wie die Schufa meine Daten berechnet?

Das ist fraglich. Laut der neuen „Informationspflicht“ müssen Privatpersonen die Möglichkeit haben zu erfahren, wie automatisierte Entscheidungen zustande gekommen sind. Für Auskunftfeien wie die Schufa könnte das bedeuten, dass sie ihre sogenannten Scoring-Verfahren (siehe Kasten) offenlegen müssen, mit denen sie die Daten der Kunden auswerten. Die Schufa wehrt sich dagegen: Die Entscheidung, ob jemand kreditwürdig ist, treffe schließlich nicht sie selbst, sondern Banken oder Immobilienfirmen, argumentiert

die Auskunftfeien. Die Schufa stelle dafür nur die Daten zur Verfügung. Überhaupt verletze es das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis, müsste die Schufa ihr Verfahren offenlegen. Dreyer gibt der Auskunftfeien teilweise recht: „Die DSGVO zielt darauf ab, dass man als Einzelperson nachvollziehen kann, wie die Schufa personenbezogene Daten berechnet und nicht, dass die Schufa ihren gesamte Arbeitsweise offenlegen muss“, sagt er.

Welchen Vorteil hätte es, wenn ich in Zukunft nachvollziehen kann, wie die Schufa meine Werte berechnet?

Bisher mussten Verbraucher sich voll und ganz auf die Berechnungen der Schufa verlassen. Wunderten sie sich etwa über einen unerwartet schlechten Wert, konnten sie nicht prüfen, wie dieser zustande gekommen war. Sollten die Gerichte die neue Datenschutzgrundverordnung zugunsten der Verbraucher auslegen, könnte es bald einfacher werden, Fehler aufzufindig zu machen – etwa wenn die Schufa eine Kreditkarte in die Wertung miteinbezieht, die längst gekündigt ist.

Wie fällt das Fazit aus?

In Zukunft wird es etwa für Mieter einfacher, die eigenen Daten kostenlos zu erhalten – auch mehrmals im Jahr. Doch ob man zukünftig auch erfahren wird, weshalb die Schufa eine bestimmte Note gibt, bleibt schwierig – zumindest solange die Gerichte sie nicht ausdrücklich dazu verpflichten, ihr Scoring-Verfahren zu veröffentlichen.

So kommt der Schufa-Score zustande

Die Schufa Holding AG sammelt Daten über Verbraucher: etwa wie viele Bankkonten sie haben, welche Handyverträge und ob es schon einmal ein Insolvenzverfahren gab. Aus diesen Daten berechnet sie die Kreditwürdigkeit eines Schuldners. Ein sogenannter Score gibt an, wie wahrscheinlich ein Schuldner einen Kredit zurückzahlen wird. Wie der Schufa-Score zustande kommt – wie die Schufa also einzelne Werte gewichtet – ist ein Geschäftsgeheimnis.

ZUR PERSON



► Im Konflikt um US-Strafzölle auf Stahl und Aluminium hofft Bundeswirtschaftsminister **Peter Altmaier** (CDU) auf eine Lösung in letzter Minute. „Wir sind am Beginn einer entscheidenden Woche“, sagte Altmaier gestern beim Treffen der EU-Wettbewerbsminister in Brüssel. Die Bundesregierung werde die nächsten Tage nutzen, „um über einen Deal zu sprechen, der im Interesse beider Seiten ist“. Altmaier kündigte intensive Gespräche mit Handelskommissarin Cecilia Malmström und US-Handelsminister Wilbur Ross an. Er verwies dabei auf ein Treffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) diese Woche in Paris, zu dem auch Ross erwartet wird. Sein Ziel sei es, höhere Zölle zu verhindern, betonte Altmaier. „Das bedeutet, dass wir bereit sind, uns mit den Amerikanern auf Punkte zu verständigen, die im gegenseitigen Interesse notwendig sind.“ (dpa)/Foto: dpa



► Der Chef der französischen Bahngesellschaft SNCF, **Guillaume Pepy**, hält Streiks in den Sommerferien für „nicht vorstellbar“. Fast zwei Monate nach Beginn der jüngsten Streikwelle sagte Pepy dem Sender RTL gestern: „Ich glaube, dass die Eisenbahner keine Lust haben, den Franzosen den Urlaub zu ruinieren.“ Sie seien schließlich verantwortungsbewusste Leute. Zwei der Gewerkschaften hätten vorsichtige Kompromissbereitschaft anklängen lassen; zudem sei die geplante Reform der Regierung, der Hauptgrund für die Streiks, bereits so gut wie in die Wege geleitet – heute befindet sich der Senat damit. Gestern traten die Eisenbahner allerdings erneut in einen zweitägigen Streik. Die seit Anfang April andauernden Arbeitsniederlegungen gingen damit in die zwölfte Runde. (afp)/Foto: dpa

GESTORBEN



► Der französische Rüstungsindustrielle **Serge Dassault** ist tot. Der 93 Jahre alte Chef des Luftfahrt- und Medienkonzerns Dassault Gruppe sei gestern an Herzversagen gestorben, hieß es in einer Mitteilung seiner Familie, die die Zeitung „Le Figaro“ online veröffentlichte. Das konservative Blatt gehört zum Dassault-Konzern. Dassault saß von 2004 bis 2017 für die französischen Konservativen im Senat. Zuletzt machte er wegen Schwarzgeldkonten Schlagzeilen. Das Vermögen seiner Familie wurde vom Magazin „Forbes“ auf rund 22 Milliarden Euro geschätzt. 2017 war er der dritt-reichste Mann Frankreichs. Der zu dem Firmenimperium gehörende Flugzeugbauer Dassault Aviation stellt den französischen Rafale-Kampffjet her. (dpa/afp)/Foto: dpa

KURZ NOTIERT

Streit um Subventionen für Airbus geht weiter

Genf. Im Streit mit den USA um illegale Subventionen für den Flugzeugbauer Airbus hat die unterlegene EU bei der Welt- handelsorganisation (WTO) die Erfüllung aller Auflagen verkündet. Allerdings stimmten die USA gestern in Genf mit diesen EU-Angaben im WTO-Streit- schlichtungsausschuss nicht überein, wie aus Teilnehmer- kreisen verlautete. Das EU-Dok- ument enthalte vage Erklärungen. Dennoch wollten die USA das Problem im beiderseitigen Einverständnis lösen. Sollte das nicht fruchten, behielten sie sich Vergeltungsmaßnahmen vor. Parallel läuft eine WTO- Klage der EU gegen die USA, bei der es um illegale Steuer- vergünstigungen für den US-Flug- zeugbauer Boeing geht. Das Urteil in letzter Instanz könnte in diesem Jahr fallen. (dpa)